

StD Müller teilt einleitend mit, dass zu diesem Tagesordnungspunkt Vorberatungen im Verwaltungsausschuss und in den Fraktionen stattgefunden haben.

Bislang könne man im Ratsinformationssystem den ursprünglichen Entwurf des Beschlussvorschlages einsehen. Da sich nach den Vorberatungen noch Änderungen ergeben hätten, sei zu Beginn der heutigen Sitzung eine aktualisierte Tischvorlage verteilt worden, was nicht ungewöhnlich sei. Es liege ein mehrheitlicher Vorschlag aus den Fraktionen mit den nachfolgenden Beträgen vor:

- § 1
Der Sockelbetrag soll künftig 130,00 € betragen und das Sitzungsgeld 20,00 €.
- § 2
Der Verdienstausfall soll auf 20,00 € festgesetzt werden.
- Der Nachteilsausgleich in § 2 und die Kinderbetreuungskosten in § 3 sollen künftig mit der Formulierung „in Höhe des gesetzlich festgelegten Mindestlohnes“ versehen werden, um eine automatische Anpassung zu gewährleisten.
- § 6
Die Aufwandsentschädigung für die stellvertretende Bürgermeisterin soll künftig auf 300,00 € festgelegt werden.
- § 7
Der Grundbetrag für die Entschädigung für den Fraktionsvorsitz soll neu festgelegt werden auf 60,00 € zuzüglich je Mitglied auf 10,00 €.
- § 13 Ziffer 3:
Die Aufwandsentschädigung für den Grundstückswart der Accumer Mühle und den Mühlenwart soll künftig auf monatlich 160,00 € festgesetzt werden.

Die Mehrkosten, die sich aus der aktualisierten Beschlussempfehlung ergeben würden, belaufen sich auf voraussichtlich 35.000,00 € pro Jahr. Bei dieser Summe handelt es sich um eine Schätzung, da diese u. a. abhängig ist von der Anzahl der Sitzungen.

StD Müller trägt den nachfolgenden aktualisierten Beschlussvorschlag vor:

1. Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Neufassung der Aufwandsentschädigungssatzung der Stadt Schortens wird beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, jeweils zur letzten Ratssitzung einer Legislaturperiode einen Vorschlag zur Anpassung der Aufwandsentschädigungssatzung vorzulegen.

BM Böhling weist darauf hin, dass die Aufwandsentschädigungen seit vielen Jahren nicht angehoben wurden und die aktuellen Änderungen noch erheblich unter den Empfehlungen der in Zusammenarbeit vom Niedersächsischen Städte- und

Gemeindebund und den Kommunalen Spitzenverbänden hierzu eingerichteten Kommission liegen. Der von der Verwaltung erstellte Vergleich mit anderen Kommunen zeige, dass die Aufwandsentschädigung in Schortens auch künftig am unteren Rand liegen würde. Er bemerkt, dass es sich hierbei lediglich um eine Entschädigung handelt, die den tatsächlichen Aufwand nicht abdeckt. BM Böhling unterstützt den Beschlussvorschlag daher.

RM Just teilt mit, dass sich die Fraktion „Freie Friesländer“ gegen das Paket sowie die einzelnen Positionen ausspricht und den Beschlussvorschlag ablehnt. Zudem spreche sie sich gegen das jetzt eingeschlagene Verfahren aus. Er betont, dass über die heutige Beschlussempfehlung keine Vorberatung im Verwaltungsausschuss erfolgt und seine Fraktion von den zu Beginn der heutigen Sitzung vorgelegten Vorschlägen überrascht worden sei. Für ihn stellt dies ein überfallartiges Verfahren dar.

RM Just erklärt, dass die Vorbehandlungen im Verwaltungsausschuss dazu dienen, die Verwaltungsvorlagen, die tatsächlich in der Ratssitzung zur Beschlussfassung vorgelegt werden, zu beraten und den Fraktionen die Möglichkeit zu geben, eigene Anträge einzubringen. Für die heutige Beratung sei jedoch von keiner Fraktion ein Antrag eingereicht worden. Vielmehr sei es so, als falle auf einmal eine neue Verwaltungsvorlage vom Himmel, die im Verwaltungsausschuss nicht vorbehandelt wurde. Dieses Verfahren findet RM Just nicht in Ordnung. Er teilt mit, dass ihm der Vorschlag der Mehrheit der Fraktionen nicht bekannt ist und es sich zudem um kein offizielles Gremium handelt. Seines Erachtens müsse die Verwaltung mit einer Vorlage reagieren. Für ihn handelt es sich hierbei um eine Entscheidung unter Ausschluss des Verwaltungsausschusses, zumal keine Möglichkeit bestand, hierüber vorbereitend in der Fraktion zu beraten. Wegen dieses formal inkorrekten Verfahrens müsse man im Grunde genommen eine Vertagung dieses Tagesordnungspunktes beantragen. Dies werde er sich jedoch sparen, so RM Just, da dies am Ergebnis ohnehin nichts ändern würde.

RM Just hätte gern die Begründung für die Erhöhung des Pauschalbetrages auf 130,00 € gehört, da dieser - außer in der Stadt Varel mit 180,00 € - in allen Kommunen zwischen 75,00 € und 110,00 € liegt. Da die Stadt Schortens mit dem bisherigen Wert von 82,00 € im guten Mittelfeld liegt, sieht er keinen sachlichen Grund für eine Erhöhung. Er kritisiert, dass sich die anderen Fraktionsvorsitzenden mit dem offenbaren Ziel zusammengefunden hätten, einen größten gemeinsamen Nenner zu finden, für den man eine Mehrheit im Rat finden könne. Er wirft den anderen Fraktionen vor, sich hinter dem breiten Rücken anderer zu verstecken und die Verwaltung vorzuschieben, einen Vorschlag zu unterbreiten.

Abschließend unterstreicht er, dass eine Erhöhung für alle Positionen vorgeschlagen wird und kritisiert das Fehlen einer Begründung der Urheber dieser Vorschläge.

BM Böhling erwidert, dass dieser Punkt in der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses beraten und auch diskutiert und damit das formalrechtliche Verfahren eingehalten worden sei. Er gibt RM Just Recht, dass diese Summen im Detail während dieser Beratung noch nicht zur Rede standen und bemerkt, dass diese Beratung auch in der Ratssitzung erfolgen könne. Die vorgeschlagene Pauschalsumme hält er im Vergleich mit Städten vergleichbarer Größe für angemessen.

Herr Schwitters, der als Einwohner an der Ratssitzung teilnimmt, bemerkt zur Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung, dass die Spielplatzpaten pro Stunde 5,65 € und die Plattdeutschpaten an den Schulen 5,00 € bekommen.

Anschließend lässt **RV Buß** über den nachfolgenden Beschlussvorschlag abstimmen: